

# Nassauischer Anzeiger.

## Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Verlagspreis: bei sämtlichen Postanstalten  
jährlich M. 1.20. Bei freier Bestellung  
ins Haus tritt die Postgebühr hinzu.  
Erscheint 3mal wöchentlich  
Dienstags, Donnerstags, Samstags.  
Redaktion: Guido Seidler in Biedrich.

Nassauisches Tagesblatt.

Nassauische Zeitung.

Nassauischer Generalanzeiger.

Nassauische Neuzeit Nachrichten.

Anzeigenpreis: f. d. 6spalt. Colonialsche  
oder Raum 15 Pfg., Realanzeiger 50 Pfg.  
Redaktion u. Expedition: Biedrich a. H.,  
Rathausstraße 16. Telefon Nr. 41.  
Rotations-Druck u. Verlag: Guido Seidler  
vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biedrich.

## Wiesbadener Vorort-Anzeiger.

Ämtliches Veröffentlichungsblatt für die Städte u. die Landgemeinden des Landkreises Wiesbaden.

Der Landkreis Wiesbaden umfasst die Städte Biedrich und Hochheim und die Landgemeinden Auringen, Bierstadt, Breckenheim, Dalkenheim, Driedenbergen, Dohheim, Eddersheim, Erbenheim, Giesheim, Graunheim, Georgenborn, Hefloch, Jgghof, Kloppenheim, Nassenheim, Niedenbach, Nurod, Nordstadt, Rimbach, Schierstein, Sonnenberg, Wallau, Weibach, Wicher, Wildschaffen.

Nr. 148.

Donnerstag, den 12. Dezember 1918

Postfach Nr. 10114.  
Frankfurt (Main) Dr. 10114.

18 Jahrgang.

### Ämtlicher Teil.

Nr. 644.

Für die Handhabung des Quittungskartenumtausches der zum Heeres- und Kriegsdienst eingezogenen Mannschaften ist ein zweifaches Verfahren zulässig gewesen. Entweder sind die Quittungskarten in dem Zustande, wie sie gerade waren, aufgerechnet worden gegen Erteilung einer Heeresdienstbescheinigung mit dem Vermerk „Neue Karte wegen Heeresdienstleistung nicht ausgestellt“, oder die Karte ist dem Versicherten oder seinen Angehörigen und Arbeitsgebern mit der Weisung beiliegen worden, sie bis zur Rückkehr des Versicherten aufzubewahren, um alsdann die Militärzeit in der Karte einzutragen und sie auftragen zu lassen. Im letzteren Falle müssen von den Ausgabestellen gegen Vorzeigung der Aufrechnungsberechnungen neue Quittungskarten ausgestellt werden, in denen alsbald die Zeit der Heeresdienstleistung unter Siegelbeibruch einzutragen ist. Im anderen Falle sind die alten Karten nur dann gegen neue umzutauschen, wenn sie nur noch wenig freie Felder (etwa 4 bis 6) enthält. Sonst aber ist mit Rücksicht auf die große Papierknappheit so zu verfahren, daß die Militärzeit eingetragen wird und auf die zuletzt eingetragene Karte und das unmittelbar angrenzende freie Kartenfeld das Dienstfeld aufgedruckt und in das freie Kartenfeld außerdem mit Linde das Datum der Vorzeigung der Karte eingetragen wird. Bei der alsbald erfolgenden Rückgabe der Karte an den Inhaber empfiehlt es sich gleichzeitig, darauf aufmerksam zu machen, daß es zweckmäßig ist, mindestens zwei Wochenkarten zu verwenden, um die Benutzungsdauer der Karte dadurch zu verlängern.

Kassel, den 22. November 1918.  
Der Vorstand  
der Landesversicherungsanstalt Hessen-Nassau.  
Dr. Schroeder.

Wir erlauben die Quittungskartenausgabestellen, hiernach zu verfahren.  
Wiesbaden, den 10. Dezember 1918.  
Versicherungsamt für den Landkreis Wiesbaden.

Nr. 645.

An die Herren Bürgermeister der Landgemeinden.  
Nach den Vorschriften unter U. Ziffer 8 der Ausführungsanweisung vom 30. November 1897 zur Landgemeinde-Ordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 und im § 32 der Dienstanweisung für die Rechnung der Landgemeinden vom 2. Februar 1898 sind die Gemeindefakten von dem Bürgermeister, in Gemeinden mit Gemeinderat unter Hinzuziehung von 2 Schöffen, mindestens einmal im Jahre außerordentlich zu prüfen.

Ich nehme Veranlassung, Sie auf diese Vorschriften hinzuweisen und zugleich den Schlußsatz meiner Verfügung vom 8. Juli 1898, II. 5075, wonach die Prüfungsprotokolle nach jeder Rassenprüfung sofort an mich einzureichen sind, in Erinnerung zu bringen. Selbstverständlich sind die außerordentlichen Rassenprüfungen unverzüglich, ohne vorherige Benachrichtigung des Rechners, vorzunehmen.

Wiesbaden, den 5. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.  
A. A. Dr. Panner.

Nr. 646.

Waffenstillstandskommission Spaas teilt mit:  
Zur Vereinfachung und Durchführung der Befehle sind die Bürgermeister der entsprechenden Städte und Ortschaften anzuweisen, daß diese Listen vorbereiten, aus denen die Bewohnerzahl zu ersehen ist. In den Listen müssen auch die Militärpersonen kenntlich gemacht sein, die bei den verschiedenen in den zu befestigten Gebieten verbleibenden Militär-Bewachungsstellen um tätig sind. Diese Listen sind den einmündigen Entenetruppen zu übergeben. Die örtlichen Zivilbehörden haben das Erforderliche zu veranlassen. Die Angehörigen der im Räumungsgebiet zurückgelassenen, in Zivilkleidung umgewandelten Militär-Bewachungsstellen sind gleichfalls in den Listen kenntlich zu machen.

Frankfurt, den 3. Dezember 1918.

Im Auftrag des Arbeiter- und Soldatenrats:  
Das stellv. Generalkommando 18. A. A.  
Stendebach, Oberleutnant und Abt.-Vorstand.

Nr. 647.

### Waffen der Forstbeamten.

Sämtliche Preussische Staats- und Gemeindeforstbeamten, sowie denjenigen Personen, die sich in der für den Staatsforstdienst vorgeschriebenen Ausbildung befinden, und den im Privatdienst stehenden Forstbeamten, die das Recht zum Waffengebrauch nach dem Gesetz vom 31. März 1837 haben, wird zur Sicherstellung der geordneten Verwaltung der Forsten und zur Sicherung der Volksernährung gestattet, die ihnen gehörigen Schusswaffen und die zur Uniform und ordnungsmäßigen Ausübung des Dienstes benötigten Waffen auch dann zu behalten, wenn im übrigen eine Einziehung dieser Waffen angeordnet sein oder werden sollte.

Die Staatsforstbeamten tragen ihre Uniform mit den bisher vorgeschriebenen Abzeichen, insbesondere den fliegenden Adler, der als ämtliches Abzeichen im Sinne des § 2 des Gesetzes über den Waffengebrauch vom 31. März 1837 zu betrachten ist, auch fernerhin.

Entsprechendes gilt für die Gemeindeforstbeamten.

Abdruck dieser Verfügung zur umgehenden Aushändigung an sämtliche Staatsforstbeamten liegen bei.

Für die Verfügung ist erforderlichenfalls den örtlichen Arbeiter- und Soldatenräten vorzulegen und von diesen zu beachten.

Berlin W. 9, den 25. November 1918.

Allgemeine Verfügung Nr. III 112/1918.

Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.  
A. Nr. III, 9106.  
gez. Braun, Hofer.

An sämtliche Regierungen.

Nr. 648.

Die Kriegsamtstelle in Kassel teilt mit, daß in deren Korrespondenz 2000 ehm. geschultes Bauholz verkaufsbereit lagern und wurde darauf aufmerksam, daß das Holz durch die Holzbeschaffungsstelle der Heeresrentenrentenamt des 11. Armee-Korps angekauft werden kann.

Die Preise für Korbholz betragen für Stämme 8/8-15/15 91 Mark, 16/16-20/20 95 Mark, 21/21-24/24 98 Mark, nach Liste 135 Mark.

Minenbohlen 20/25 123 bzw. 128 Mark.  
Bretter, rauch parallel beäumt, Stärke 18 mm 121 Mark, 23 mm 115 Mark, 25 mm 113 Mark, 30 mm 112 Mark.  
Bretter, leicht conisch beäumt bei 18 mm 109 Mark, 23 mm 103 Mark, 25 mm 101 Mark, 30 mm 100 Mark, 35 mm 99 Mark.  
Bohlen, rauch beäumt, 40/50 mm 99 Mark, 60/80 mm 102 Mark, 100 mm 104 Mark.  
Schalbreiter, Eichen und Hubeidelen stehen in ausreichendem Maße zur Verfügung.

In Anbetracht des allenthalben herrschenden Wohnungsmangels mache ich auf diese Ankaufsmöglichkeit aufmerksam. Bedarf ist baldmöglichst bei der Kriegsamtstelle in Kassel, Bahnhofstraße 1, anzumelden, welche die Sägewerke, bei denen das Holz liegt, nennen wird.

Wiesbaden, den 10. Dezember 1918.

A. Nr. L. 7821.

Der Landrat.

Nr. 649.

### Bekanntmachung.

Durch die Bekanntmachung vom 5. Dezember 1918, veröffentlicht in Nr. 49 der Mitteilungen der Reichsbefehlungsstelle, hat letztere die Bezugseinfreiheit auf folgende Gegenstände ausgedehnt:

- XV. Strümpfe, Socken und Stüben;
- XVI. Kopfschüler, Brustschüler, Kniewärmer, Leibbinden, Halsbinden, gestrickte Schals, Pulswärmer;
- XVII. Schürzer (Eweter) jeder Art, gestrickte, gewirkte oder gehäkelte Damenwesten, gewirkte Korsettschoner und Unterhosen (Tricotenden und Socken sind bezugs-schneepflichtig);
- XVIII. Brusthalter, Hüftenformer, Riebergürtel, Gradhalter und ähnliche Gegenstände;
- XIX. Ratragen, fertig gefüllte Islets;
- XX. abgefeigte Kopfschüler, Schals und Umschlogtücher, Kette- und Schlafröcke, Decken für Tiere.

Ich bemerke hierzu, daß nunmehr die uns von der Reichsbefehlungsstelle zugeteilten Strümpfe (Reichsware) in unserer Verkaufsstelle: Wiesbaden, Kirchstraße 56 gegen Vorzeigung einer von der Ortspolizeibehörde des Wohnortes ausgestellten Minderbetrags-Befreiung ohne Bezugschein gekauft werden können. Von im Landkreis Wiesbaden wohnenden Kleinhändlern, welche den Verkauf der Strümpfe für ihre Gemeinde übernehmen wollen, wird anheimgestellt, diesbezüglichen Antrag auf dem Kreisbauamt, Zimmer 23, des Landratsamtes zu stellen.

Wiesbaden, den 10. Dezember 1918.

Der Kreisausschuß des Landkreises Wiesbaden.  
A. A. Schmitt.

### Nichtamtlicher Teil.

### Tages-Rundschau.

#### Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik.

##### Ein Vortrag des Staatssekretärs Schiffer.

Berlin. Vor geladenen Vertretern des Wirtschaftslebens und der Presse entwickelte Montagabend im Festsaal der Handelskammer der Staatssekretär des Reichshausministeriums Schiffer seine Gedanken über Deutschlands Finanzlage und Steuerpolitik. Er führte u. a. aus, daß es heute kaum möglich sei, für den Augenblick eine geregelte Finanzwirtschaft zu treiben, geschweige denn Pläne für die Zukunft aufzustellen. Sicher sei nur das eine, daß, wenn die jetzigen Zustände auch nur noch kurze Zeit andauern, Deutschland unentzerrbar dem völligen Ruin, dem wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenbruch zusehere. Das neue System arbeite weit teurer als das alte. Vor einigen Tagen sei eine Notiz durch die Presse gegangen, daß die Arbeiter- und Soldatenräte in der kurzen Zeit von 14 Tagen 800 Millionen Mark verbraucht hätten. Das sei nicht so zu verstehen, als ob diese Summe in die Taschen der gegenwärtigen Machthaber geflossen sei; aber die Tatsache stehe fest, daß durch Bezüge der gegenwärtigen Exekutivorgane, durch Erhöhung der Löhne und Gehälter, durch Teuerungszulagen und Mehraufwendungen aller Art weit mehr als 1 Milliarde verbraucht worden sei. Schlimmer noch sei die ungeheure Vergeudung von Nationalvermögen durch die gewissenlose Verschleuderung von Vorräten und Heeresgut. Die Produktion stehe fast völlig still. Unser Kredit im Ausland ist aufs Schwerste gefährdet. Es ist eine der betrüblichsten Folgeerscheinungen der Entwicklung der letzten Wochen, daß man im Ausland den Beschlüssen unserer Großbanken mit Misstrauen begegnet und bereits begonnen hat, gewährte Kredite zu kündigen. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Zeit wird es sein, hier tatkräftig einzugreifen und durch Schaffung geordneter Verhältnisse das Vertrauen des Auslandes wieder herzustellen. Nicht minder dringlich ist die Aufgabe, den gesunkenen Wert des Geldes und unserer Wälua zu heben.

Bei der künftigen Gestaltung der Steuerpolitik, die grundsätzlich von wenigen Ausnahmen abgesehen, der Beschäftigung der Nationalversammlung vorbehalten werden soll, werden viel mehr noch, als es bisher der Fall war, die Bedürfnisse des Wirtschaftslebens richtung- und ausschlaggebend sein müssen. Angekündigt ist bereits die Wiederholung der Kriegsabgabe der Gesellschaften für das Jahr 1918/19. Wie aus dem bereits erlassenen Steuererlass ersichtlich ist, ist ihre Erhöhung von 60 auf 80 Prozent ins Auge gefaßt. Die Kriegsteuer der Privatpersonen wird einen weiteren Ausbau und eine gründliche Umgestaltung erfahren. Sie wird, wie es ursprünglich geplant war, auch das Mehreinkommen erfassen müssen und rückwirkend den Stand vom 31. Dezember 1913 zum Ausgangspunkt nehmen. Die hohen Kriegsgewinne, so weit sie auf der Ausnutzung der Kriegskonjunktur beruhen, werden so besteuert werden, daß man von einer fast restlosen Erlassung wird sprechen können. Die Bezahlung der Kriegsteuer und die leicht auch der einen oder anderen neu zu schaffenden Steuer in Kriegszeiten und Reichsnotlagen soll nicht nur aufrecht erhalten werden, sondern es schweben Verhandlungen, die Zahlung mindestens eines gewissen Prozentsatzes dieser Abgaben in Kriegs-anleiheobligationen zu machen. Bei der Erhebung der einmaligen Vermögensabgabe soll weitestgehende Rücksicht genommen werden auf Alter, Familienstand, Erwerbsfähigkeit u. a. m. Erwogen wird zur Zeit noch die Frage, ob die Vermögensabgabe nicht zu einem Teil wenigstens in die Form einer Zwangsanleihe zu kleiden sein wird, so daß den Besitzern eine spätere Rückgabe in Aussicht ge-

stellt werden kann. Die neugeschaffenen einmaligen Besitzsteuern, insbesondere die Steuer auf den Vermögenszuwachs werden weiter ausgebaut und zu regelmäßig wiederkehrenden Abgaben gemacht werden müssen. Auch die Einkommen- und Ergänzungssteuer wird ausgebaut werden müssen. Unter allen Umständen sollen die ganz hohen Einkommen in irgend einer Weise zu den Lasten des Reiches herangezogen werden. Geplant ist teilweise auch der Hebergang zu dem englischen System der Erfassung des Einkommens an der Quelle. Die Erbschaftsteuer wird nicht nur erhöht auf die nächsten Verwandten ausgedehnt werden, sondern es soll künftig auch eine Veräußerungsteuer der Vermögensgegenstände des Erben stattfinden.

Bei dem Ausbau der indirekten Steuern wird in erster Linie der Tabak und der Zucker herangezogen werden. Die Erhöhung der Zigarettensteuer soll schon in den nächsten Tagen erfolgen. Auch eine Vereinfachung und Neugestaltung der Stempelsteuer ist geplant. An Stelle von Produktions- und Rohstoffsteuern, die man endgültig fallen lassen hat, soll die Umsatzsteuer weiter erhöht werden. Die Luxussteuer wird auf eine Reihe neuer Gebiete ausgedehnt sein. Die Hauptlaste ist aber, daß die neuen Steuern nicht nur geschaffen werden, sondern daß sie auch eingeht. Eine völlige Reform des Besteuerungswesens ist dazu Vorbedingung. Gegen die Steuerflucht jeder Art sollen die schärfsten Maßnahmen getroffen werden.

Mit Steuern allein aber werden wir die Lasten nicht aufzubringen vermögen. In weitgehendem Maße wird der Staat am Wirtschaftsleben beteiligt werden müssen. Das ist keineswegs gleichbedeutend mit Sozialisierung im Sinne einer Verstaatlichung der Produktionsmittel. Sorgfältige Prüfung der individuellen Eignung ist Vorbedingung jeder solchen Maßnahme. Von vornherein werden auscheiden müssen das komplizierte weitverworfene Kreditgewerbe und alle diejenigen industriellen Betriebe, die heute schon im Besitz des Staates sind. Teile des Versicherungsgewerbes, der Elektrizitätsindustrie, die Wasserstraßen und die Ausnutzung der Wasserkräfte. Auch nach auf andere Weise ist eine Beteiligung des Staates möglich. Die durch Konzentration der Industrie zu Kartellen und Syndikaten erzielten Ersparnisse an Produktionskosten werden in irgend einer Weise dem Staate nutzbar zu machen sein. Das kann am besten geschehen in der Form wirtschaftlicher Unternehmen.

Mit einem Ausblick auf die Gestaltung des kommenden Friedens schloß der Staatssekretär seine mit starkem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

#### Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung.

Als Wilhelmshöhe, 8. Dezember. Der Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung hat dem von ihr einberufenen Vertretertag der Feldsoldatenräte in Bad Ems eine Denkschrift vorgelegt, in der er über seine Entstehung folgende Darstellung gibt: Wilhelm II. kam in den Tagen der höchsten politischen Spannung nach dem Großen Hauptquartier in Spa. Zu seinem persönlichen Schutze wurden umfangreiche Vorkehrungen getroffen. Ein als verläßlich bekanntes Sturmbataillon wurde nach Spa geschickt. Nach dem Eintreffen der ersten Nachrichten über die Vorgänge in Kiel wurden die Sicherheitsmaßnahmen noch verschärft. Die feinsten Gerichte gingen von Mund zu Mund. Man behauptete, daß die Kaiserfamilie im Anmarsch sei, um sich im Auftrage der Arbeiter- und Soldatenräte in den Besitz der obersten Befehlsgewalt zu setzen und Wilhelm II. gefangen zu nehmen. Am 8. November abends kam es bei einer der stärksten Formationen beim Großen Hauptquartier zu einer spontanen Versammlung, in denen die Abteilungsleiter die bindende Erklärung abgaben, daß viele Angehörige der Formation sich weigerten, das Leben Wilhelm II. so wohl, wie das der Offiziere beim Großen Hauptquartier gegen die eigenen Volksgenossen zu verteidigen. Am darauffolgenden Tage wurde bei dieser Formation ein Soldatenrat gebildet, worauf sich bei anderen Truppenteilen ein gleiches Bestreben geltend machte. Dieser Vorgang dürfte den unmittelbaren Anlaß zu dem Hildesburg-Erlass vom 10. November gegeben haben, in dem die Truppen allgemein zur Bildung von Vertrauensräten aufgefordert sind. Am Abend des 10. November fand eine Zusammenkunft aller Vertrauensleute im Großen Hauptquartier statt, in der der Zentral-Soldatenrat für das Große Hauptquartier gebildet wurde. Diesem gehörten 50 Mitglieder an, die unter sich wieder sieben Mitglieder in einen engeren Volksausschuß wählten. Um 10 Uhr abends begab sich dieser engerer Ausschuss in das Gebäude des Großen Generalkommandos und verhandelte dort bis in die Morgenstunden mit drei Generalstabsoffizieren über die von der Versammlung gestellten Forderungen. Die Verständigung wurde verhältnismäßig leicht erzielt. Der Siebener-Ausschuß bezog sofort ein Geschäftszimmer im Generalkommando und richtete nach in derselben Nacht einen Aufruf an die Kameraden im Großen Hauptquartier und einen an die Zivilbevölkerung in Spa. Letzterer wurde mitgeteilt, daß der Sicherheitsdienst in die Hände des Soldatenrates übergegangen sei.

#### Hindenburg.

Als Braunsberg, 9. Dezember. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat des Kreises Braunsberg teilt mit: „Die verarmten Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte des Kreises Braunsberg kennzeichnen hiermit öffentlich den in der Presse verbreiteten Antrag des Weipziger Arbeiter- und Soldatenrates, Hindenburg verhaften und auf Soldatenration zu setzen, als Schmach und Schande und sprechen solchen Arbeiter- und Soldatenrat die Berechtigung ab, sich als Vertreter des Volkes zu bezeichnen. Wir erheben klammenden Protest gegen den Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates.“

#### Äußerungen Scheidemanns.

Der Korrespondent des „Daily Express“ in Berlin hatte eine Unterredung mit Scheidemann, der ihm u. a. auf die Frage, welche Garantien Deutschland für die Stabilität der gegenwärtigen Regierung der Entente geben könne, antwortete: „Die Garantie liegt in der möglichst schnellen Einberufung der Nationalversammlung.“ Ueber die Haltung der gegenwärtigen Regierung zu der Forderung der Alliierten auf Abtretung des Reichs erklärte Scheidemann: Die Frage, ob ein Staatsgerichtshof errichtet werden soll, vor dem alle Personen, die an dem Kriegsausbruch als schuldig zu erachten sind, zu erscheinen haben, wird nach der Konstituierung der Nationalversammlung geregelt werden. Persönlich bin ich der Ansicht, daß der Kaiser sehr schon genügend bestraft ist, doch muß der Kern der Frage bezüglich des Anteils des Kaisers an dem Kriegsausbruch noch festgestellt werden.

**Seigestraße für Lärmschutz.** In der nächsten Woche wird die Reichsstraße mit dem Rat der Volksbauernschaft ein Gegenstand der Verhandlung werden, der von der Bauernschaft und der Organisation der Arbeiter und Bauern der Reichsstraße beschlossen ist.

**Hindenburgs künftiger Wohnsitz.** Aus Lüneburg wird der „Volksfreund“ gemeldet, daß sich der Generalfeldmarschall v. Hindenburg nach vollendeter Demobilisation in der Nähe des alten Heidehofes zur Ruhe setzen wird. Er hat sich als Wohnsitz das eine Viertelstunde von Lüneburg gelegene Kloster Lüne ausgewählt.

**Die Heereskräfte im Weltkriege.** Nach dem Londoner „Daily Express“ brachten es die verschiedenen Nationen im Kriege auf folgende Heereskräfte:

|              |                |
|--------------|----------------|
| England      | 8 000 000 Mann |
| Frankreich   | 6 500 000      |
| Deutschland  | 12 000 000     |
| Österreich   | 6 000 000      |
| USA          | 2 000 000      |
| Rußland      | 10 000 000     |
| Japan        | 2 500 000      |
| Türkei       | 1 000 000      |
| Serbien      | 500 000        |
| Griechenland | 300 000        |
| Belgien      | 300 000        |
| Rumänien     | 500 000        |

Zusammen 50 000 000 Mann.

### Aus dem besetzten Gebiet.

**Ludwigschanzen.** Die Besatzung besteht aus dem 7. algerischen Infanterie-Regiment, einer Geniekompanie, einer Eisenbahntruppe mit 90 Mann und 14 Offizieren. Der Befehlshaber besteht aus 150 Offizieren, einer Anzahl Militärärzten, Militärbeamten und einem Militärgeistlichen. Die Rheinbrücke wurde auf der hiesigen Seite schon sofort nach der Ankunft der ersten Abteilung am Freitag von ca. 100 Mann besetzt, der Verkehr auf derselben für die Zivilbevölkerung und die Geschäftstätigkeit jedoch offen gelassen, während der Bootverkehr eingestellt wurde. Je ein Mann auf der Fähre- und Eisenbahnbrücke trägt das Gewehr mit aufgeschlammtem Bajonett. Aufgrund einer Besprechung der Stadtoffiziere mit dem Bürgermeister werden die Soldaten mit deutschem Gelde entlohnt. Die deutsche Reichsmark wird zu 70 Centimes gerechnet, gleich 56 Pfennige, der Kursverlust an der Mark beträgt also 24 Pfennig. Die Zufuhr von Lebensmitteln, besonders von Schmalz, ist unter der Bedingung zugesagt, daß von denselben nichts nach dem rechtsrheinischen Gebiet geht. Auf der Rheinheimer Seite der Brücke stehen deutsche Soldaten mit Stahlhelm unter Gewehr.

**Koblenz.** Der Oberbürgermeister hat angeordnet, daß vorläufig bis zum 10. Dezember nicht mehr als drei Personen auf der Straße zusammenstehen dürfen, und daß Kinder unter zehn Jahren die Straßen nach 6 Uhr zu verlassen haben.

**Bonn.** 8. Dezember. Bonn wird das Hauptquartier einer kanadischen Division werden. Im ganzen werden etwa 1500 bis 1600 Mann kanadische Truppen nach hier kommen.

**Jülich.** Der hiesige Bürgermeister gibt bekannt, daß die belgische Besatzung eine Person festsetzt hat, weil sie der Fahne und den Truppen nicht das nötige Gehör erwiesen hat. Da es sich aber um eine jugendliche Person handelte, wurde von einer Überweisung an das Kriegsgericht, die sonst unter allen Umständen geschehen wird, abgesehen. — Jülich hat sehr starke Einquartierung erhalten. Es handelt sich um drei Generale, mehrere hundert Offiziere und 2000 Mann usw. Allem Anschein nach handelt es sich um das Hauptquartier der belgischen Armee.

**M. Gladbach.** Der hiesige belgische Kommandant hat angeordnet, daß sämtliche in den Geschäften ausgelegten Sachen untergütlich mit Preisauflagen zu versehen sind.

**Düsseldorf.** Die Verhältnisse im Verkehr des rechtsrheinischen Düsseldorf mit dem Stadteil Oberkassel haben sich noch nicht geändert. Die zahlreichen in Oberkassel wohnenden Beamten und Angestellten von staatlichen und gemeindlichen Behörden und von industriellen und kaufmännischen Betrieben sind immer noch von ihrer Tätigkeit im rechtsrheinischen Düsseldorf abgeschnitten. Auch der Verkehr der Kohlenzüge auf dem Rhein ist noch nicht freigegeben. Hier sammeln sich immer mehr von Duisburg-Külbrodt kommende Kohlenzüge an, und die Kohlennot in den Haushalten von hier aus versorgten Gebieten wächst von Tag zu Tag.

### Die Franzosen in Mainz.

**Mainz.** Montag nachmittag zog ein französisches Infanterie-Regiment mit leichter Maschinengewehrbesatzung hier ein und veranlaßte unter Vorantritt einer Musikkapelle einen Umzug durch die Stadt. Eine französische Militärkommission, bestehend aus zwölf Offizieren mit den zugehörigen Begleitmannschaften war schon Sonntag eingetroffen. Die Kommission, deren Aufgabe eine Besichtigung der Stadt und Prüfung der Verhältnisse in Mainz und im Gebiet des Brückenkopfes rechts des Rheins ist, traf in Kraftwagen ein und bezog Hotelunterkunft. Nachmittags fanden im Gouvernementsgebäude Verhandlungen statt, an denen Generalmajor v. Studnitz und Major Sommer teilnahmen und die bis gegen Abend währten.

Auf Anordnung des französischen Militärbefehlshabers für Mainz haben alle deutschen Militärpersonen (Offiziere, Sanitäts-offiziere, Beamte, Unteroffiziere und Mannschaften) den französischen Offizieren die erforderliche Ehrenbezeugung zu erweisen. Die französischen Offiziere sind fernerhin am Köppi mit goldenen oder silbernen Streifen. Ungehörig gegen diesen Befehl wird streng bestraft.

Die Bürgerschaft bewachte bei Ankunft der Kommission eine ruhige, korrekte Stimmung. Die rein rechtsrheinisch laufenden Züge (Strecke Radesheim—Wiesbaden—Mainz—Koblenz—Frankfurt) verkehren zunächst noch weiter.

Auch der Verkehr über die Straßenbrücke bleibt bis auf weiteres ohne Einschränkung. Auch die Straßenbahn nach den Stadtteilen Kassel und Kalkheim kann bis auf weiteres ungestört verkehren.

### Die Frage der Internierung.

Staatssekretär Erzberger hat auf die nachfolgenden Fragen die begehrenden Antworten gegeben:

1. Frage: Dürfen erst nach Waffenstillstand entlassene Heeresangehörige, die nicht vor Kriegsausbruch im besetzten Gebiet anständig waren, hierbleiben?

Antwort: Ordnungsgemäß entlassene Wehrpflichtige, die während des Krieges im besetzten Gebiet anständig waren, können hierbleiben, während des Krieges dorthin verzo-gen sind, können hierbleiben.

2. Frage: Dürfen zwischen Kriegsausbruch und Waffenstillstand Eingewanderte ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts hierbleiben?

Antwort: Ja.

3. Frage: Dürfen Entlassene, darunter auch stets reklamierte Angehörige, die im Waffenstillstand geblieben sind, hierbleiben, wenn sie erst nach dem Waffenstillstand zugezogen und hier beruflich tätig sind?

Antwort: Nein, mit Ausnahme von Beamten.

4. Frage: Können Nichtwehrpflichtige bleiben, die kurz vor oder nach dem Waffenstillstand zugezogen sind?

Antwort: Ja.

### Die Besatzungsgelei.

**Hagen.** 9. Dezember. In Hagen sind holländische Korrespondenten eingetroffen, die von dem neuen Kommandanten Hagens eingeladen wurden, seiner Ansprache vor dem Dampfbad beizuwohnen. Der Korrespondent des „Telegraaf“ bringt aus Hagen einen ausführlichen Bericht, in dem es u. a. heißt: In Hagen erscheinen jetzt wieder Zeitungen, in den übrigen Teilen des Provinz noch nicht. Die Personenzüge verkehren wieder, doch müssen alle Personen einen Pass haben. Tausende von 14 Tagen muß sich jeder Einwohner einen Pass verschaffen. Jedes Haus muß eine Aufschreibetabelle tragen, in der die Namen aller Bewohner und die der Hausbesitzer angegeben sind. Requisitionen dürfen gegen Requisitionsscheine, die durch die Stadterwaltung ausgestellt werden, vorgenommen werden. Alle diese Bestimmungen sollen für das

ganze Rheinland gelten und stellen eine Kopie der Maßnahmen dar, die die Deutschen im Jahre 1914 in Lüttich getroffen haben. Die Hagenser beschwerten sich über die strengen Maßnahmen des Kommandanten Garcia. Die Besatzungstruppen sind sehr freundlich. Es sind über tausend Mann eingetroffen. Eine halbe Million Mann hat die Stadt passiert. Einige Bestimmungen wurden in der letzten Zeit gemildert. Kaffees und Restaurants dürfen bis 9 Uhr abends geöffnet sein, und auch der Straßenverkehr ist bis zu dieser Zeit freigegeben. Die Theater werden vorläufig geschlossen bleiben. Eine Kontribution ist der Stadt nicht auferlegt. Die bisher bezahlten Gelder sind von Berlin gekommen und dienen zur Verpflegung der Truppen. Die Stadt ist ruhig. Eine Anzahl belgischer Karabineure, die sich der Belagerung angeschlossen, hat die Schaulustigen einigermaßen unterhalten und Tabakladen eingeschlagen und die Waren geraubt. Seitdem jetzt ständige militärische Patrouillen die Stadt durchziehen, ist es ruhig geworden, und das stichische Gefindel hat sich nach den Vorstädten zurückgezogen. Alle Wälle in den Fabriken wurde beschlagnahmt. Da auch keine Kohlen eingetroffen sind, werden wohl einige tausend Arbeiter der Textilindustrie drohtlos werden. Die Behörden haben um Freigabe der Wälle gebeten und bitten um Einführung von Kohlen.

### Schwere Bedingungen für Köln.

**Köln.** 10. Dezember. Im Auftrage des Generals Ferguson besprach der Kommandant der britischen Militärpolizei mit dem Oberbürgermeister der Stadt Köln die der Stadt auferlegten Bedingungen, die sehr schwer sind und die sehr hart in das Leben der Bevölkerung eingreifen werden. Sie enthalten die Grundsätze gegenüber englischen Offizieren, den englischen Bahnen und der Nationalgarde. Ferner würden sie die Belegung des gesamten Verkehrs vom frühen Abend bis morgen sieben Uhr bedeuten. Auch bringen sie große politische Beschränkungen. Der Oberbürgermeister sprach für eine Milderung der Bedingungen, die teilweise mit einer Stadt von der Größe Kölns unvereinbar und undurchführbar seien. Der Polizeigeneral erwiderte, daß die Bedingungen insofern nach einiger Zeit gemildert werden würden, wenn sich die Bevölkerung ruhig verhalte. Die letzte Entscheidung werde General Ferguson treffen, der heute in Köln eintrifft.

### Eine neue deutsche Note.

**Berlin.** 9. Dezember. Die deutsche Regierung sandte den gegnerischen Regierungen auf dem diplomatischen Wege folgende Note:

Während der Verhandlungen über den Waffenstillstand, die am 6. Dezember der Waffenstillstandskommission die Entscheidung zugehen, wonach der Lebensmittelverkehr und der gesamte Verkehr der geräumten linksrheinischen Gebiete mit der neutralen Zone und dadurch mit den übrigen Teilen Deutschlands unterbunden wird, da die Aufrechterhaltung der Blockade in dem Waffenstillstandsabkommen vorgegeben ist. Die deutsche Regierung ist verpflichtet, gegen diese Anordnung den schärfsten Protest zu erheben, weil diese einseitige Entscheidung mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandsabkommens in unauflösbarer Widerspruch steht. Die angeführte und teilweise schon durchgeführte Maßnahme gibt der Blockade eine Ausdehnung auf die Sperrengebiete zu Lande, die mit dem Willen der Blockade in Widerspruch steht und allen Völkern seit den Zeiten der englischen Kontinentalblockade gegen Frankreich fremd ist. Die angeführten Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens über die Blockade finden sich daher auch fernerhin in dem Abschnitt „clausula navalis“ und fordern nur die Aufrechterhaltung der Blockade im gegenwärtigen Umfang. In der getroffenen Entscheidung liegt jedoch eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Frauen- und Kinderwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet. Diese ist auf die Zufuhr von Nahrung und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten unumkehrbar angewiesen, als das deutsche Volk die Versorgung von Lebensmitteln durch die Alliierten, wie sie in den erwähnten Blockadebestimmungen des Waffenstillstandes in Aussicht gestellt ist, überhaupt noch nicht erhalten hat. Diese Entscheidung verletzt weiter die Beschränkung des letzten Absatzes des Artikels 4 des Waffenstillstandsabkommens, wonach keine allgemeinen staatlichen Maßnahmen ergreifen werden dürfen, die eine Entwertung der industriellen Anlagen oder eine Verringerung ihres Personals zur Folge hätten. Durch die vorliegende Unterbindung des Verkehrs wird die absolut notwendige gegenseitige Zufuhr von Rohstoffen und Halbfabrikaten zur Aufrechterhaltung der industriellen Anlagen unmöglich gemacht, wodurch deren Entwertung eintreten muß. Die Produktionsunmöglichkeit zwingt wiederum zur Verringerung des Personals und Arbeitslosigkeit, und neues Elend in den wirtschaftlich getrennten urdeutschen Gebieten und die unabwendbaren Folgen.

Die deutsche Regierung schlägt deshalb vor, diese Frage bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verlängerung des Waffenstillstandes dahin zu regeln, daß unbeschadet des Ausdrucksrechtes der Alliierten eine vollkommene Verkehrsfreiheit zwischen den geräumten Gebieten und den übrigen Teilen Deutschlands gewährleistet ist.

Dr. G. S. Staatssekretär des Auswärtigen Amtes.

### Der deutsche Rückmarsch.

Der Rückmarsch der deutschen Heere aus dem nach dem Waffenstillstandsvertrag zu räumenden Gebiet über den Rhein ist beendet. Daß er vollständig und glänzend hat durchgeführt werden können, bedeutet eine technisch-organisatorische Leistung der Obersten Heeresleitung und eine physische Leistung der Truppen, die jede andere, noch so große Leistung ähnlicher Art bei weitem übertrifft. Der glatte Verlauf der Rückmarsch und des Aufmarsches wurde seinerzeit schon als eine heroisierende Tat gerühmt, ebenso die wiederholte schnelle Ueberführung harter Mägen an Truppen und Material von einem Kriegsschauplatz zum anderen. Sie waren leicht im Verhältnis zu dieser letzten Leistung des alten deutschen Heeres. Daß der Rückmarsch sich in dieser Ordnung vollziehen sollte, hat kaum in der Abfahrt der feindlichen Heeresleitung gelegen. Die dem Wortlaut des Waffenstillstandsvertrags entgegenstehende, plötzlich beschlossene Vertagung der Räumungsfrist zeigt deutlich das Bestreben, die bisher beobachtete glatte Abwicklung in Unordnung zu bringen; auch die Verhörungen mehrerer Offiziere lassen die Enttäu- schung über diesen Verlauf erkennen.

In den deutschen Zeitungen ist wiederholt betont worden, der Rückmarsch habe sich planmäßig vollzogen. Der Ausdruck ist irreführend; von einer Planmäßigkeit kann unter den eigenartigen Verhältnissen, unter denen er erfolgen mußte, keine Rede sein — eher von einer Improvisation. Während der Ernennung des Waffenstillstandes ist fast vier Wochen hindurch schwer gekämpft worden; in dieser Zeit haben Vorbereitungen selbst kleinster Umfanges nicht getroffen werden können. Man konnte damals die unvorstellbaren Bedingungen, wie sie uns auferlegt worden sind, nicht erwarten. Die ununterbrochene Rückbewegung der Kampfzonen und der ständige Austausch abgeklärter und frischer Divisionen beanspruchte alle Verkehrsmittel bis auf das letzte.

Als die Waffenstillstandsbedingungen bekannt wurden, fehlten natürlich sofort Ueberlegungen und Vorbereitungen ein. Um einen „Plan“ auszuarbeiten, fehlte aber die Zeit. Es konnte sich nur um die Feststellung handeln: was soll und muß unter allen Umständen zurückgebracht, was darf — wenn nötig — geopfert werden? Die Heeresleitung entschied sich dafür, die Truppe zu retten. Und nun kam die zweite Erwägung: welche Truppenverbände sollten auf die Eisenbahn verwiesen werden, welche Verbände müssen marschieren? Aber auch diese Ueberlegungen konnten nicht durchgeführt werden, sondern bedurften fortwährender Änderungen, weil nicht nur die plötzliche Vertagung der Räumungsfrist, sondern auch die schmachvolle Auflösung der Etappe dazu zwang. Die Zurückführung der Truppen verlangte, für ihren Abmarsch und Abtransport alle irgend verfügbaren Kräfte und Mittel heranzuziehen und, um das zu erreichen, große materielle Werte im geräumten Gebiet zurückzulassen. Für die Zurückführung der Millionen Soldaten reichten die Rheinbrücken trotz ihrer verhältnismäßig großen Zahl nicht aus. Es mußten nicht nur alle vorhandenen Ueberlegungsstellen einseitig, sondern auch eine Anzahl schwerer Pontonbrücken dazu neu gebaut werden, die von den Pionieren in rastloser Arbeit rechtzeitig hergestellt wurden. Die durch Kämpfe und Märsche ermüdeten, durch Entbehrungen ermüdeten, durch den Zusammenbruch erschöpften Truppen zeigten ihre letzten Kräfte ein, um der Gegenangabe zu entgegen. Wie groß die Millionenwerte sind, die man zurücklassen mußte, ist noch nicht festgestellt. Sie sind zweifellos sehr groß, aber

das tritt zurück gegenüber der Rettung der Soldaten. Daß diese — trotz der eigenen Entbehrungen, trotz des Zusammenbruchs der Heimat und trotz des Besagens der Etappe — die Kraft zu dieser ungeheuren Leistung in sich fanden, ist ein glänzender Beweis der auch jetzt noch in der Truppe stehenden Selbstdisziplin und Selbstverleugnung. Es ist ein Zeichen der Manneszucht, die trotz aller Geschicknisse dem Deutschen nun einmal unverwundbar im Herzen sitzt. „Der Deutsche ist wahrhaftig Soldat: die Disziplin ist ihm völlig in Fleisch und Blut übergegangen. Darin besteht seine größte Stärke.“ Diese Anerkennung, die schon vor längerer Zeit der französische General Cberlis dem deutschen Soldaten zollte, wird er ihm nach dieser gewaltigen Leistung noch einmal aussprechen müssen.

### Die Durchführung des Waffenstillstandes.

In Düsseldorf-Oberkassel ist auf Anordnung des Kommandanten der Besatzungstruppen eine Befragung angestellt worden, die u. a. folgende Bestimmungen enthält:

Niemand darf ohne besondere Ermächtigung seinen Aufenthalt in dem besetzten Gebiet verlassen. Niemand darf ohne besondere Erlaubnis Reisen ausführen auf Eisenbahnen, Automobilen, Kähnen, Pferden oder Wagen. Keine Zeitung oder sonstige Drucksachen irgend welcher Art dürfen ohne Erlaubnis des Kommandanten gedruckt, veröffentlicht oder verbreitet werden. Der Postbetrieb ist vorläufig eingestellt, die anderweitige Beförderung von Briefen ist verboten. Die Benutzung der privaten Telefonanlagen ist verboten. Die Hausapparate werden abgeholt. Der private Telegraphenverkehr ist eingestellt. Requisitionen werden nach den Bestimmungen der belgischen Armee ausgeführt. Widerstand wird streng bestraft. Kaufleute und Private dürfen Alkohol oder alkohohaltige Getränke nicht verkaufen oder feilhalten. Jeder hat verschmutzte oder vergiftete Brunnen anzugeben und überhaupt von allen Tatsachen Mitteilungen zu machen, die für die ordnungsmäßige Verwaltung von Wert sind. Von heute ab tritt die belgische Zeit in Kraft. Alle Uhren sind um eine Stunde zurückzustellen. Die Stunden werden von 0 bis 24 gezählt. Auf ist gleich 1 Uhr morgens deutsche Zeit.

**Berlin.** Der Verband hat die von der Marinekommission erbetene Erleichterung des Waffenstillstandsvertrages abgelehnt und damit auch die Möglichkeit einer regelmäßigen Verbindung mit den Nordseeinseln in Frage gestellt. Infolgedessen ist der Nachschub der Verpflegung auch aus Marinebeständen für die Bevölkerung der Inseln nicht sichergestellt.

**Die Engländer in Köln.** Ab Köln, 10. Dezember. Die Ortszeit ist nach westeuropäischer Zeit eine Stunde zurückgestellt. Hier liegen jetzt die 9. und 29. englische Division und eine Kavalleriedivision, insgesamt 32 000 Mann.

**Köln.** Das Monopohotel ist mit seiner gesamten Einrichtung von den Engländern beschlagnahmt worden. Generalgouverneur Ferguson wird dort mit seinem ganzen Stabe Wohnung nehmen und auch die Geschäftsräume des Hotels einrichten. Das Hotel mußte gestern mittag von allen deutschen Gästen und den Angestellten geräumt werden. — Vom 11. Dezember an werden in Köln nebst Vororten sowie bei den Postanstalten des linksrheinischen Gebietes und des Brückenkopfes (30 Kilometer Umkreis von Köln) wieder Patrole nach dem linksrheinischen Gebiet und nach dem Brückenkopf Köln angenommen.

**Bonn.** Die Besatzung führt am 11. Dezember hier die englische Zeit ein. Von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens ist jeder Straßenverkehr verboten. Von Donnerstag an dürfen die Zeitungen vorläufig nicht erscheinen. Bonn erhält in der Altstadt das kanadische Hauptquartier mit 15 Generalen, 150 Offizieren und 2000 Mann. Außerdem erhalten die Vororte recht erhebliche Belegungen durch die zweite kanadische Division.

**Mannheim.** Am Sonntag waren trotz Warnung viele deutsche Soldaten in Uniform nach Ludwigshafen gegangen, um sich die französische Garnison anzusehen. Davon wurden 250 Mann gefangen genommen.

### Kein Verhandeln des Verbandes mit den A- und S-Räten.

Die „Kölnische Zeitung“ zuverlässig erfährt, bestätigt sich die Meldung, daß der Verband die Auflösung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte fordern wird. Die dahingehende Note des Verbandes steht unmittelbar bevor. Der Verband lehnt nicht nur jede Verhandlung mit den A- und S-Räten ab, sondern auch jede endgültige Regelung mit der gegenwärtigen Regierung, die er als eine einseitige sozialistische Regierung nicht als legitimiert erachtet, um im Namen des deutschen Volkes zu sprechen.

**Paris.** „Echo de Paris“ meldet: Die Neubildung von Arbeiter- und Soldatenräten im besetzten deutschen Gebiet wurde von dem französischen Oberbefehlshaber unter Androhung der Todesstrafe verboten.

**Ab Berlin.** 9. Dezember. Ueber die Kapitulation des Generals Bettow-Borbeck teilt die englische Regierung mit, daß dieser Truppe gestattet wurde, die Waffen zu behalten, daß sie einsäufiglich der farbigen Truppen zunächst durch England verpflegt und beherbergt werden und daß die ihr angehörenden Europäer auf dem Heimtransport wie gewöhnliche Passagiere behandelt werden sollen.

### Keine diktatorische Festsetzung der Friedensbedingungen.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald“ schreibt, daß keine diktatorische Festsetzung der Friedensbedingungen gegenüber den Mittelmächten stattfinden soll, sondern eine freie Aushandlung. Die Voraussetzung aber hierfür wäre, daß eine vom deutschen Volk begünstigte Regierung vorhanden ist. Diese Erklärung Linkshugs beweist, daß die Vereinigten Staaten durchaus nicht gewillt sind, ihre Politik auf dem Friedenskonferenz reitlos in den Dienst des englischen Imperialismus und der französischen Kadepolitik zu stellen. Wilson halte vielmehr an seinen idealen Theorien, über den Parteien einen Frieden des Rechts sprechen zu wollen, fest.

**Ab London.** 9. Dezember. Reuters meldet: Amtlich wird mitgeteilt, daß die Koalitionsregierung mit der endgültigen Abfertigung der Friedenskonferenz gehen wird, dort die Aufhebung der Militärpflicht in ganz Europa vorzuschlagen.

### Eine Rede Lloyd Georges.

Lloyd George hielt auf einer Frauenversammlung in London eine Rede, in der er sagte, daß er vor zwanzig Jahren Anhänger des Frauenstimmrechtes war. Er setzte auseinander, daß der Krieg in Zukunft sehr schwierig, wenn nicht unmöglich gemacht werden müsse, deshalb müsse ein gerechter Friede kommen, der streng sei, aber ohne Rachsucht. Es dürfe keine kassiothetische Frage mehr geben aus dem einfachen Grunde, daß, wenn die Alliierten den Feind Deutschlands wiederholten, sie in fünfzig Jahren dasselbe Los wie Deutschland ertragen würden. Diejenigen, die für den Krieg verantwortlich seien, müßten auch zur Verantwortung gezogen werden, umso mehr, je höher sie stünden. Könige, Kaiser und Kronprinzen müßten für alle Zeiten wissen, daß die Strafe für von ihnen verschüttetes Elend auch auf ihr eigenes Haupt komme. Das deutsche Volk, das mit vollem Enthusiasmus in den Krieg gezogen sei, müsse ebenfalls verantwortlich gemacht werden. Die Nationen müßten wissen, daß sie nicht mehr ungestraft einen Krieg beginnen können. Die großen Heere, die den Krieg heraufbeschworen und die Regierungen zum Kriege treiben, dürften in Zukunft nicht mehr gebildet werden. Wenn man in Frieden leben wolle, dürfe keine Dienstpflicht mehr in Europa sein. Deshalb sei auch Lloyd George ein Anhänger des Völkerbundes.

### Zur Heimkehr der Truppen nach Berlin.

**Berlin.** 10. Dezember. In die heimkehrenden Krieger richtet das „Berliner Tageblatt“ folgenden Gruß: Der Tag eures Eintrages in die Reichshauptstadt ist der Tag eures Dankes für das Ungeheuer, das Ihr geleistet und erlebt habt. Kein größerer Krieg und keine feindliche Demütigung können den Ruhm eurer Leistungen verschleiern. Kein gegenwärtiger Zustand wird im Stande sein, das neue Gebäude des rechtsrheinischen Deutschlands zu erschüttern. Aber wir müssen entschlossen sein, mit eigener Festigkeit allen Versuchungen, die die mühsam errungene Wahrung in Blut und Bitterkeit errufen wollen, zu begegnen. Wir sind das den heimkehrenden Kriegern schuldig und wissen uns Eins mit ihnen in dem Wunsche nach Ruhe und Ordnung.

Willkommen in der Heimat, sagt der „Vorwärts“. Wir können heute mit ruhigem Bewußtsein Rechenschaft vor Euch ablegen. Soweit wir zu Hause tätig waren, galt der beste Teil unserer Arbeit, Sorge und Mühe Euch und Eurer Zukunft. Unabhängig hat die Sozialdemokratie für eine menschenwürdige Behandlung der Soldaten gekämpft. Sie hat sich für die großen und kleinen Kriege, die Ihr drauhen hattet, lebhaft angenommen. Ebenso hat sie unablässig gearbeitet für die Sicherstellung der Kriegsschädigten und die heimkehrenden Kriegsteilnehmer. Das Recht der Arbeitsunfähigen auf eine ständige Versorgung, das Recht der Arbeitsfähigen auf Arbeit waren die Leitmotive ihres Strebens. Vor allem aber hat auch die Sozialdemokratie, wie keine andere Partei, gewirkt für den Frieden. Die Freude des Wiedersehens ist groß, aber kein längerer Friedensurlaub ist uns vergönnt. Das durch den Krieg zerstörte Deutschland harret des Aufbaues! Laßt uns vereint ans Werk gehen!

Wäge es dem deutschen Reich beschieden sein, schreibt der „Berliner Volks-Anzeiger“, sich trotz der harten Friedensbedingungen so günstig zu entwickeln, daß die heimkehrenden Krieger als Dank für ihre ruhmvolle Verteidigung des heimischen Herdes wieder ein glückliches Leben im Vaterlande werden führen können.

Ab Berlin, 9. Dezember. Im Steglitzer Rathaus hat sich heute abend 7 Uhr ein feierlicher Akt vollzogen. In Gegenwart der Volksbeauftragten Ebert, Haase, Scheremmann, Dittmann und des Kriegsministers haben Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften der deutschen Jäger-Division und der Garde-Kavallerie-Schützen-Division für sich und die von ihnen vertretenen Kameraden das feierliche Gelöbnis zur einzigen deutschen Republik abgelegt. Volksbeauftragter Ebert leitete die feierliche Zeremonie mit folgenden Worten ein: Sie stehen aus dem Genuß des Krieges zurück und sehen sich in der Heimat gewaltigen Veränderungen gegenüber. Das alte System ist gestürzt. Die deutsche Regierung ist gewollt, neue Verfassungsformen zu schaffen, die die schweren Wunden heilen sollen, welche unser Land in den Jahren des Volkshasses davongetragen hat. Wir sind von unserem Volke mit der einstweiligen Führung der Regierungsgeschäfte beauftragt. Friede, Freiheit und Ordnung werden die Sterne sein, denen wir folgen werden. Wir dürfen hoffen, daß Sie uns bei der Lösung der schwierigen Aufgaben unterstützen werden. Ich bitte Sie folgendes Gelöbnis abzulegen: Wir geloben zugleich im Namen der von uns vertretenen Truppenteile unsere ganze Kraft für die einzige deutsche Republik und ihre provisorische Regierung und den Rat der Volksbeauftragten einzusetzen. Darauf ergriß Generalleutnant Requis das Wort und wiederholte die Gelöbnisform für alle anwesenden Militärpersonen. Die so auf die Republik und die Reichsregierung verpflichteten Truppen werden morgen ihren Einzug durch das Brandenburger Tor halten.

### Der Einzug der Garde in Berlin.

Ab Berlin, 10. Dezember. Der heutige Einzug von Fronttruppen, welche vom Grunewald her Teile der Garde und Abteilungen aller Reichskontingente nach Berlin führten, erfolgte bei feierlichem nebligen Wetter. Die Häuser in den Einzugstraßen, Berliner Straße, Kaiserallee, Kurfürstendamm und Unter den Linden waren mit Fahnen, besonders schwarz-weiß-roten und schwarz-goldenen, mit Teppichen und Tannengrün reich geschmückt. Die Säulen des Brandenburger Tors waren von Girlanden und Kränzen umwunden. Zwei Banner über der mittleren Durchfahrt zeigten die Inschrift „Willkommen in der Heimat“ und „Friede und Freiheit“. Der Begrüßung Platz umfäumten Flaggengestecke, auf deren Schilder der Berliner Witz sich zeigte. Den Eingang der Straße hinter den Linden schloßen zwei Obelisken ein. An der Ecke der Friedrichstraße erhob sich eine Ehrenpforte. Die zum Einzug bestimmten Truppen waren auf dem Heidebergplatz angetreten. Sechs Konsertruppen eröffneten den Zug. Ein Musikkorps folgte, alte Armeemärsche spielend. Dann kam die Garde-Kavallerie-Schützen-Division, der eine Standard vorangetragen wurde. Einzug folgten die Mannschaften. Von den Truppen wurden zahlreiche betrübte schwarz-weiß-rote Fahnen getragen. Das aus verschiedenen Bundesstaaten zusammengesetzte Bataillon mußte vor seinen Kameraden eine kassische, bayerische, württembergische und eine preussische Fahne tragen. Die Mannschaften trugen entsprechende Fahnen an ihren Gendarmen. Kürassiere, Dragoner, Husaren, Jäger und Artillerie folgten. Es können ungefähr 7000 Mann gewesen sein.

### Die Begrüßungsansprache Eberts.

Ab Berlin, 10. Dezember. Volksbeauftragter Ebert richtete am Brandenburger Tor an die einziehenden Garde- und Fronttruppen folgende Ansprache: Kameraden! Seid willkommen in der deutschen Republik. Herzlich willkommen in der Heimat, die sich lange nach Euch gesehnt und deren bange Sorgen Euch ständig umschwebt haben. In diesem Augenblick, da wir Euch am heimatischen Herd begrüßen, gilt unter erster Gedanke den teuren Toten. Ah, so viele fehlen immer wieder. Hunderttausende ruhen in Feindesland in stillen Gräbern. Andere Hunderttausende mußten mit dem Ende des Kampfes zurückkehren, verletzt und verstümmelt von den feindlichen Wessenen. Ihnen allen, die sich für den Schutz der Heimat aufopfert haben, gebührt unser unaussprechlicher Dank. Wir können ihren Tapfermut nicht vergelten, bloße Worte sind zu schwach, ihnen zu danken. Was wir in Taten der Dankbarkeit darbringen können, das wollen wir ihnen in Treue leisten. Der Verbesserung des Volkes der Kriegshinterlassenen und Kriegsinvaliden geht das neue deutsche Volkstages erste Verfügung. Ihr seid zum Glück dem schrecklichen Gemetzel entronnen; trah begrüßen wir Euch in der Heimat. Seid willkommen von ganzem Herzen. Kameraden, Genossen, Bürger! Eure Opfer und Taten sind ohne Beispiel. Kein Feind hat Euch überwunden. Erst als die Übermacht der Gegner am Westwall und Westwall immer drückender wurde, haben wir den Kampf aufgegeben, und gerade Euren Heldentum gegenüber war es eine Pflicht, nicht nach weichen Opfer von Euch zu fordern. Alle Schrecken habt Ihr heldenmütig überstanden — Mannschaft und Führer —, sei es im Krebsknoten der Champagne, in den Stürmen Flanderns oder auf dem eisigen Bergen, sei es im unwirtlichen Ausland oder im heißen Süden. Unendliche Kämpfe habt Ihr überwunden und unerschütterlich, fast übermenschliche Taten vollbracht. Ihr habt unvergängliche Proben Eurer unerschütterlichen Mutes Jahr um Jahr abgelegt. Ihr habt die Heimat vor dem feindlichen Einfall geschützt. Ihr habt von Euren Frauen, Euren Kindern und Euren Eltern den Nord und den Brand des Krieges ferngehalten sowie Deutschlands Fluren und Wälder vor der Verwüstung und Zerstörung bewahrt. Dafür dankt Euch die Heimat in überströmendem Gefühl. Erhöhenen Hauptes dürft Ihr zurückkehren. Ihr haben Menschen Größe geleistet und gelitten als Ihr, namens des deutschen Volkes, Euch tiefingefügt. Ihr findet unser Land nicht so vor, wie Ihr es verlassen habt: die deutsche Freiheit ist erkunden. Die alte Herrschaft, die wie ein Fluch auf unserm Land lag, hat das deutsche Volk abgeschüttelt und sich selbst zum Herrn über das Land gemacht. Auf Euch vor allem beruht die Zukunft der deutschen Freiheit. Ihr seid die stärksten Träger der deutschen Zukunft, niemand hat sich so als Ihr unter der Ungerechtigkeit des alten Regimes gestirbt. An Euch denken wir, als wir mit dem verhängnisvollen System aufrechnen. Für Euch haben wir die Freiheit erkämpft, für Euch der Arbeit ihr Recht errungen. Nicht mit reichen Gaben können wir Euch empfangen, nicht Begünstigung und Wohlstand Euch bieten, unser unglückliches Land ist arm geworden; schwer lastet auf uns der Druck härterer Gebote der Sieger. Aber nach dem Zusammenbruch wollen wir uns ein neues Deutschland zimmern. Sorgt Ihr nun dafür, daß Deutschland beieinander bleibt, daß nicht das alte Kleinstaatentum uns übermannt? Rettet Ihr die Einheit der deutschen Nation. Die sozialistische Republik, die Euch durch mich begrüßt, wird ein Gemeinwesen der Arbeit sein. Arbeit ist die Religion der Sozialdemokratie, arbeiten müssen wir mit aller Kraft, mit aller Hingabe, sollen wir nicht zugrunde gehen und vernichten, sollen wir nicht zum Bettelvolk herabsinken. Ein Reich der Forderung habt Ihr verlassen. Die Worte neuen Schaffens tut sich vor Euch auf. Eure Tatkraft, Euer Mut, die ihr haben als erlöhnten, müssen uns zu neuem Friedensglück führen. Bald soll die erlebte Stunde des Friedens, bald wird die konstituierende Nationalversammlung die Freiheit fest verankern durch den unantastbaren Willen des ganzen

deutschen Volkes. Ihr legt die Waffen aus der Hand, die, getragen von den Führern des Volkes, dem Volke nie weichen, sondern sich ihr Ehre sein sollen. Ihr sollt mit hoffen an den großen Werken der neuen deutschen Zukunft, die Eure höchsten Hände erheben müssen von Grund auf. Und so laßt mich Eure Treue zur Heimat, die wir alle gemeinsam lieben, zur Einheit Deutschlands, unser Stolz auf die Freiheit und die große unmittelbare deutsche Republik zusammenkommen in den Ruf: Unser deutsches Vaterland, die deutsche Freiheit, der freie Volksstaat Deutschland, sie leben hoch!

### Die Sammlung der deutschen Truppen in Südrussland.

Nach Meldungen kleiner Blätter ist Odessa bisher noch nicht von den Alliierten besetzt worden. In der Stadt befindet sich nur eine Kommission von Offizieren, die sich über die Lage in der Stadt informieren sollen. Dagegen konzentrieren sich in Odessa deutsche Truppen, die aus der Türkei, der Ukraine und Rumänien zurückkehren und deren Zahl sich augenblicklich auf mehr als 20.000 Mann beläuft. Die deutschen Truppen halten strengste Ordnung und haben einen Soldatenrat gebildet, der die Organisation eines geordneten Rückzuges nach der Heimat durchführen soll.

### Erhöhung der Eisenbahntarife.

Es ist damit zu rechnen, daß für das gegenwärtig laufende Haushaltsjahr 1918 ein Defizit von 1 1/2 Milliarden bei der Eisenbahnverwaltung eintreten wird und es sind keinerlei Momente vorhanden, die für das Jahr 1919 günstigeren Ausblick stellen. Der jetzt eingeführte Achtstundentag fordert eine rechnerische Mehrausgabe von 192 Millionen Mark und dann sind vor allen Dingen große Neuanschaffungen notwendig, um den Fuhrpark wieder in Ordnung zu bringen, vor allem auch um deswillen, weil allein die preussische Eisenbahngesellschaft 4400 Lokomotiven und über 100.000 Güterwagen an die Feinde ausliefern muß und doch etwa 1400 erstklassige Lokomotiven in Polen, in Rumänien und in Österreich-Ungarn zurückgelassen sind. Der Beschädigungsstand der Lokomotiven beträgt jetzt 32 Prozent. Es ist geplant, einen allgemeinen Zuschlag auf alle Gütertärife in Höhe von 60 Prozent eintreten zu lassen und zwar als vorübergehende Maßnahme. Beim Personenerverkehr soll eine Steigerung in den Zuschlägen eintreten. Die 4. Klasse soll mit 20 Prozent, die 3. Klasse mit 25 Prozent, die zweite mit 35 Prozent und die erste Klasse mit 100 Prozent mehr als bisher belastet werden. Der Vortraktor, der Arbeiter- und Schülerverkehr sollen keine Zuschläge erhalten, namentlich auch mit Rücksicht auf eine gesunde Wohnungspolitik. Für die Zukunft ist eine andere Klasseneinteilung in Aussicht genommen. Es soll künftig nur noch zwei Klassen geben, eine gepulverte und eine ungepulverte, und für die neuverrichteten elektrisch betriebenen Strecken soll überhaupt nur eine Klasse geführt werden. Aber diese für die Zukunft in Aussicht genommenen organisatorischen Vereinfachungen im Personenerverkehr sollen sich bei dem gegenwärtigen Reparaturzustand unseres ganzen Fuhrparks zur Zeit noch nicht durchführen. Auch aus Gründen internationaler Notwendigkeit soll zunächst die erste Klasse noch beibehalten werden. Aber da diese bis jetzt für die Bewaltung unvorbereitet ist, soll auch für sie der höchste Zuschlag in Höhe von 100 Prozent eintreten. Andere Staaten sind uns während des Krieges mit starken Erhöhungen ihrer Tarife bereits vorausgegangen.

Berlin. Wilhelm II. hat, wie das „Berliner Tageblatt“ hört, dem Prinzen Eitel Friedrich Vollmacht erteilt, ihn in allen Angelegenheiten des ehemals königlichen Hauses zu vertreten.

### Rassauische Nachrichten.

Wiesbaden. Am Samstag und Sonntag wurden in verschiedenen Stadtteilen Versuche von Plünderungen unternommen, die mit Ausnahme von einigen Häusern in abgelegenen Stadtteilen durch die Plünderungen der Polizei rechtzeitig verhindert werden konnten. Die Plünderer hatten es auf die Kaufhäuser Bormach und Blumenthal, die Geschäftsstelle des Konsumvereins in der Oberstraße und das neue Museum, in dem sich die Röhre des roten Kreuzes befindet, abgesehen. Am Sonntag morgen wollte die Menge auch in das Schloss eindringen. Zwischen der Menge und der Polizei wurden verschiedentlich Schüsse gewechselt, doch wurde, soweit bekannt, niemand verletzt.

Wiesbaden. Die am 7. Dezember von der Handelskammer zu Wiesbaden abgehaltene Vollversammlung hat einstimmig beschlossen, sich mit nachfolgender Rundgebung an die Reichsregierung in Berlin zu wenden: „Die Handelskammer zu Wiesbaden hält es aus rein wirtschaftlichen Gründen für ihre Pflicht, im Namen der von ihr vertretenen Industrie- und Handelskreise für eine baldige Ausdehnung der Bahnen zur Nationalisierung mit möglichst kurzer Fristbestimmung für den Bahntermin, sodann für eine unverzügliche Einberufung der Versammlung einzutreten. Die Erfüllung dieser Wünsche ist eine unerlässliche Voraussetzung für die Notwendigkeit, das gesamte deutsche Wirtschaftsleben unverzüglich wieder in Gang zu bringen und vor weiteren schweren Erschütterungen zu bewahren. Die Handelskammer weist auf die großen Gefahren hin, die in dem gegenwärtigen unsicheren Zustand liegen, dessen von Tag zu Tag mehr in die Erscheinung tretenden Währungs- und Wirtschaftskrisen auf allen Gebieten allmählich durch führen müssen, unser Wirtschaftsleben völliger Vernichtung preiszugeben. Eine schnelle Ausdehnung der Bahnen und Einberufung der Nationalversammlung erscheint daher als das einzige Mittel, Industrie und Handel wieder auf die ordnungsmäßige Grundlage zu stellen, der sie zu ihrer Befundung so dringend bedürfen.“

Geächtetes Höchster Notgeld. Einem einzigartigen Schwindel mit Notgeld ist nun in Höchst a. M. auf die Spur gekommen. Bei dem dortigen Vorwurfsverein wurde ein Kriegsgeldschein der Stadt Höchst über 50 Mark angehalten, der sich als eine Fälschung ersten Ranges erwies. Der Schein, in der üblichen Größe der 50 Markscheine, zeigt an den Rändern ein breites Rechteck von kleineren Quadraten, an dessen Innenfläche stilisierte Blumenmuster aufstrahlen. In Schwarzdruck läuft über die Mitte des ganzen Scheins die Worte „Hochst a. M. — 50 — Mark“. Unten links steht man „Der Vorstand des Kreises Höchst“, rechts „Die Stadtverwaltung“. Eine der üblichen Unterschriften in Fälschung trägt das Papier nicht; dagegen oben links in Rotdruck die Nummer 0000157. Das Geniale an der Fälschung ist nun, daß die Stadt Höchst bis zur Stunde überhaupt noch keine 50-Markscheine ausgegeben hat. Der beschriebene Schein ist also das Phantasieprodukt von Fälschern. Er wurde von einer Frankfurter Bank in Zahlung genommen, auch von der dortigen Reichsbank anerkannt und von dieser nach Höchst geschickt, wo man ohne weiteres die Fälschung erkannte. Zweifelslos befinden sich noch viele dieser Höchster „Blüten“ im Umlauf.

Bad Homburg a. d. N. Das Standbild des Erzengels Michael auf der Terrasse des Kurhauses, das während des Krieges der „Bengelung“ dienste, wurde in der Nacht zum Montag von Substanz zerstört.

Frankfurt. Von Montag ab ist der Personenverkehr Frankfurt—Kassel—Hannover in Kassel gebrochen, jedoch Rüge Hannover—Kassel und Frankfurt—Kassel unabhängig von einander verkehren. Verpölet in Kassel eintreffende Liegenschaftsbesitzer müssen auf den nächsten Fahrplanmäßigen Zug übergeben.

Vor dem Militärmagazin Mainzer Landstraße 155 kam es Montag mittags zwischen der Volkmenge, die unbedenklich in die Räume vorzudringen suchte, und der aufstehenden Arbeiterwehr zu schweren Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Wehr von ihrer Waffe Gebrauch machen mußte. Hierbei wurde der 27jährige Optiker Hermann Zimmer aus Weipol erschossen. Einige andere Zivilpersonen wurden verletzt.

In der Nacht zum Sonntag wurde am Eisenbahnangriffspunkt nahe dem Rebstock ein Feldwebel dabei betroffen, als er mit zwei Soldaten eine größere Anzahl Militärärztele mitnahm. Es kam zwischen der Wehr und den Käufern zu einer Schießerei, die glücklicherweise unblutig verlief. Die Räuber entkamen untrübt, mußten jedoch ihren Raub im Stich lassen.

Ein Golbtag. In der Richtung nach dem Westen durchfuhr dieser Tage ein Güterzug mit Gold den Bahnhof Süd. Der Sonderzug, in dem zum Schutze gegen Angriffe mehrere Wacheinheiten untergebracht waren, führte 32 Wachen und über 300 Kilogramm Feingold im Borrage von rund 346 Millionen Mark, die in Erfüllung der Währungsbedingungen von Berlin nach Frankreich geschickt wurden.

Frankfurt, 10. Dezember. Bei der in ungeheurer Höhe durchgeführten Verflechtung der Kleiderbestände der hiesigen Magazins des 15. und 18. Armeekorps, die nach Mitteilungen in der heutigen Stadtkommandanturversammlung allein auf die nötige Versorgung der militärischen Behörden zurückzuführen ist, sind Mantel, Hosen, Stiefel und Jacken bis auf wenige Reste völlig ausgegeben worden. Infolgedessen ist das hiesige Bekleidungsamt, das diese Kleiderbestände für die armee Besoldung ausgeben wollte, nicht in der Lage, in absehbarer Zeit Kleider zu verabsorgen. Aus den Militärlogern konnte lediglich Unterwäsche gerettet werden, die aber auch bei weitem nicht zur Versorgung der Bevölkerung ausreichend ist. Der Schaden, der durch die Plünderung der Frankfurter Bekleidungsämter entstanden ist, beläuft sich auf ungefähre Millionen und ist unüberbrückbar verloren, da nicht die geringste Kontrolle geübt wurde. Manche Leute haben ihren Kleiderbedarf fürs Leben eingebüßt.

In Eichborn wurden am Sonntag vier 6- bis 11-jährige Knaben durch explodierende Granaten, die durchziehende Artilleristen in leichtfertiger Weise fortgeworfen hatten, getötet.

Mainz. Das Stadttheater bleibt auf Anordnung des Oberbürgermeisters vorläufig geschlossen.

Bei den Verhandlungen in Mainz zwischen dem Vertreter des Generalkommandos und der dort befindlichen französischen Kommission sind in erster Linie die Grenzen des Brückenkopfes und der neutralen Zone vorläufig festgelegt worden. Es ist als wahrscheinlich zu betrachten, daß Frankfurt a. M., voraussichtlich auch Giesheim, keine französische Truppenbesetzung erhält, vorausgesetzt, daß sich hier nicht die Notwendigkeit zu militärischem Eingreifen infolge von Unruhen ergeben sollte. Die Brückenkopfgrenze zwischen Frankfurt und Darmstadt wird erst nach Besichtigung an Ort und Stelle festgelegt. Voraussichtlich wird die Stadt Darmstadt selbst ebenfalls nicht besetzt.

Caudenbach a. M. Die Mutter vom eigenen Kind erschossen. Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich während des Durchmarsches unserer Truppen in hiesiger Gemeinde. Ein einquartierter Soldat hatte seinen noch nicht entladenen Karabiner an die Wand gehängt. Der 19-jährige Sohn des Hauses, der sich bei dem Soldaten zu schaffen machte, nahm unversehens die Waffe von der Wand herunter und machte damit allerlei Griffe. Da krachte plötzlich ein Schuß und im Augenblick stürzte auch schon die Mutter des unglücklichen kleinen Schützen tödlich getroffen zu Boden.

Aus Rheinhessen. Die größeren Orte Rheinhessens sind nunmehr bereits ausnahmslos mit französischen Truppen besetzt. Kleinere Orte unter 500 Einwohnern sollen, wie verlautet, keine Einquartierung erhalten, während größere Gemeinden mit etwa 5 Prozent ihrer Einwohnerzahl durch feindliche Besetzung belegt werden. Die Feinde, die sich der Einwohnerhaft gegenüber selbst zurückhaltend und ruhig verhalten, wurden von der rheinischen Bevölkerung überall mit höherer Zurückhaltung und Würde empfangen. Nirgends ist etwas von Zwischenfällen bekannt geworden.

### Die Franzosen in Mainz.

Ein Teil der für Mainz bestimmten französischen Besatzungstruppen, etwa 1000 Mann vom Infanterie-Regiment Nr. 154 und dem 10. Jäger-Regiment, traf am Montag mittags um 11 Uhr in einem Sonderzuge von Wiesbaden a. St. im hiesigen Hauptbahnhof ein. Nachdem die Abteilungen auf dem Bahnhofspfad aufgestellt genommen hatten, ging es unter klingendem Spiel der Regimentsmusik nach der Einquartierung, wo der Haupttruppalier Unterkunft fand. Eine Abteilung wurde in die Stadelle und eine andere nach Wiesbaden geleitet. Die Offiziere nahmen Quartier in Hotels. Weiter trafen noch 200 Radfahrer und eine Anzahl Automobilkanonen ein; von den letzteren fanden acht Aufstellung vor dem Gouvernament. Bereits im Laufe des Nachmittags wurden die Wagen besetzt. Die Besatzung steht unter dem Befehl des Obersten Gogbet, der im „Holländischen Hof“ Wohnung genommen hat.

Der Verkehr ist von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens unterbrochen; auch die Straßenbahn Mainz—Kassel ist nur während dieser Zeit gesperrt. Der Zugverkehr auf der Kassei Seite ist noch nach dem bestehenden Fahrplan im Gang. Es wird während der Tage des Vorrückens in die Brückenspitze vielfach mit einer Unterbrechung auf einige Tage zu rechnen sein. Grundsätzlich läßt sich jedoch eine Leitung der Darmstädter Straße, die jetzt in Wiesbaden beim endigen, über Mainzbrücke—Mainz-Kassel nach Wiesbaden, damit dem Berufsverkehr gedient werden kann. Die Rheinisch-Mainbrücken im Gebiet des Eisenbahndirektionsbezirkes Mainz (Mainz, Worms) und das Projekt Bingen—Rüdesheim bleiben bis auf weiteres gesperrt.

Der Mainzer Kopf der Straßenbrücke ist auf beiden Seiten der Brücke durch ein französisches Wachkommando besetzt. Vor dem Wachhäuschen stehen zwei Mann mit aufgespanntem Bajonett, um die Ordnung aufrecht zu erhalten. Auf der Kassei Seite verläßt noch die Bürgerwehr den Wachdienst. Auch an der Hauptwache, dem Stadthaus und anderen Gebäuden befinden sich französische Posten.

Der Telegraphen- und Fernsprechverkehr nach Worms und dem gesamten rechtsrheinischen Gebiet ist seit 9. Dezember abends auf Befehl des mit der Übernahme des Telegraphenamts beauftragten französischen Offiziers gesperrt. Zugelassen nach vorheriger Genehmigung des Fernschreibers im „Holländischen Hof“ sind nur Telegramme und Fernschreiben in Angelegenheiten der Lebensmittelbeschaffung und der Industrie. Freigegeben ist der Verkehr in der linksrheinischen Gegend mit Ausnahme von Worms.

Eine aus einem amerikanischen, einem englischen und vier französischen Offizieren bestehende internationale Kommission, die mittags hier eingetroffen, hatte im Eisenbahndirektionsgebäude mit der an Stelle der bisherigen Linienkommandantur eingesetzten Unterkommission eine Besprechung über eisenbahnrechtliche Fragen. Die auf dem Gouvernementsgebäude stehende rote Fahne wurde alsbald eingezogen.

Nach einer Meldung des „Echo de Paris“ wird das 21. Armeekorps unter General Mangins Mainz besetzen.

### Die erste französische Bekanntmachung.

Der Befehlshaber der französischen Truppen hat folgende Bekanntmachung erlassen:

- Bekanntmachung.
- Durch Anordnung des französischen Befehlshabers von Mainz ist mit sofortiger Wirkung folgendes bestimmt worden:
1. Zwischen neun Uhr abends und sechs Uhr morgens deutscher Zeit darf niemand auf der Straße sein.
  2. Polizei, Bürgerwehr, Gas- und Elektrizitätsarbeiter, Bahn-, Post-, Telegraphenbeamte usw., die innerhalb dieser Zeit dienstlich tätig sein müssen, haben sich durch eine Bescheinigung auszuweisen, die von der vorgelegten Dienstkarte unter Bedeckung des Dienstsigels auszustellen ist und den Namen und die Dienststellung der Beamten oder Arbeiter genau anzugeben hat. Diese Bescheinigungen müssen außerdem mit den Dienstsigeln des Oberbürgermeisters versehen werden und sind zu diesem Zweck während der Barockstunden im Zimmer 18 des Stadthauses vorzulegen.
  3. Öffentliche Orte, Gebäuden bedürfen einer vom Oberbürgermeister angeordneten, mit einem Dienstsigel versehenen Bescheinigung, die im Zimmer 29 des Stadthauses während der Barockstunden zu beantragen ist.
  4. Bis Dienstag, den 10. Dezember, abends sechs Uhr, sind alle Feuerwaffen und Munition im Privatbesitz bei den zuständigen Polizeibehörden abzuliefern. Die Eigentümer haben die einzelnen Stücke auf einem davor ausgebrachten Zettel mit ihrem Namen zu versehen.
  5. Die Schläge der Brückentore sind offen zu halten.
  - Alle Beamten in Uniform (auch Bürgerwehr und Hülschuhleute) haben die französischen Offiziere zu grüßen.
  7. Jede Verletzung dieser Bestimmungen wird mit scharfer Strafe geahndet.

Mainz, den 9. Dezember 1918.

Der Oberbürgermeister: Dr. Göttemann.

Genehmigt.

Der Oberst und Kommandant: v. Gogbet.

Aus Stadt, Kreis u. Umgebung.

Diebstahl, den 10. Dezember 1918.  
An unsere Leser! Die Verhältnisse für das Zeitungs-gewerbe, die schon während des Krieges außerordentlich waren, werden mit jedem Tag unerträglicher. Immer zahlreicher werden die Schwierigkeiten, die sich der Aufrechterhaltung eines einiger-maßen geordneten Zeitungsbetriebes entgegenstellen. Fortdauernd werden die Zugverbindungen verringert und die nach vortrefflichen Lagen leiden unter erheblichen Verzögerungen. Dieser Umstand in Verbindung mit der Ueberlastung des Fernsprechnetzes bedingt eine Abnahme der Schnelligkeit der Nachrichten-Uebermittlung, wodurch die Aktualität des Lesestoffes leidet. Ferner soll die ohnehin schon auf das Knappste bemessene Papierzulassung noch weiter eingeschränkt werden. Hierzu kommen noch die Schwierigkeiten der Papierherstellung durch die teilweise Schließung des Segmashäuser-Betriebes infolge der Gasperre. Weitere Schwierigkeiten werden voraussichtlich während der bevorstehenden Belegung eintreten. Wie in anderen Städten ist auch hier mit einem vorübergehenden Verbot des Erhaltens unserer Zeitung und später mit Zensur-behebungen zu rechnen, worauf heute schon aufmerksam zu machen wir nicht unterlassen möchten.

Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie. Verschiedentlich bestehen Zweifel, ob die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie fortgesetzt werden soll. Demgegenüber teilt die General-Lotteriedirektion mit, daß die Preussisch-Süddeutsche Klassenlotterie wie bisher weitergeführt wird.

Die Ziehung der Roten Kreuz-Geld-Lotterie ist vom 6.-11. Dezember cr. auf den 14., 15., 16., 17. und 18. Januar 1919 verlegt worden.

Zeichprellerel. Der Zeichprellerel haben sich zwei junge Burken aus Wiesbaden dadurch schuldig gemacht, daß sie sich in einer hiesigen Wirtschaft eingelassen und am anderen Morgen ohne Zahlung verschwanden. Sie haben außerdem 2 Paar Stiefel und Werkzeug mitgenommen. Doch der Arm der Gerechtigkeit hat diese beiden Einmisseteiler rasch erwischt, sobald sie heute nach Ab-legung eines Geständnisses schon in Polizeigewahrsam unterge-bracht sind und dem Gericht zur Aburteilung übergeben werden können.

Recht ist die Verfüterung von Brotgetreide nicht erlaubt! Wegen dieses Vergehens ist ein im Stadtteil Waldstraße wohnender Eisenbahnbeamter zur Anzeige gekommen. Wie weit Angelegter ein Recht hierzu hatte, dürfte die eingeleitete Untersuchung des Falles ergeben. Wer solches tut, handelt um so verwerflicher, als gerade jetzt jede Menge Brotkörner zur mensch-lichen Ernährung und zur Verhütung einer Hungersnot unbedingt erforderlich ist.

Brand. In dem Schreiner-Schuppen der Pionierkaserne an der Kaiserbrücke entstand heute vormittag ein Brand, dem der Schuppen zum Opfer fiel. Die Fabrikfeuerwehren von Kuthof und Dunderhof u. Söhne, sowie die Fein-Feuerwehr Amöneburg haben nach etwa 15minütiger Arbeit den Brand gelöscht, jedoch die später ankommende Wiesbadener Berufsfeuerwehr nicht mehr ein-greifen brauchte. Ueber die Entstehungsursache ist noch nichts be-kannt.

In Erwartung der Postsperrung. Da mit einer Sperre aller Postsendungen innerhalb der vom Feinde zu be-gehenden Zone gerechnet werden muß, wird das Publikum darauf aufmerksam gemacht, daß es notwendig ist, künftliche anzulebende Postsendungen mit dem Namen und der Wohnung des Adressaten zu versehen, damit die Sendungen im Bedarfsfall an den Absender zurückgegeben werden können.

Freigabe der Rheinisch-Südwest. Die der Regierung nachstehenden „Politisch-Parlamentarischen Nachrichten“ melden: Die Rheinisch-Südwest ist jetzt freigegeben. Sie steht unter der Kon-trolle der in Köln eingerückten internationalen Schiffsverkehrskommission. In Duisburg, Emmerich, Straßburg und Mannheim hat diese Untersuchungskommission die deutsche Regierung hat in Köln ein Kommissariat eingerichtet, das ein Dienstgebäude in der Eisenbahn-direktion hat. Vorheriger dieses Kommissariats ist Hauptmann Krieger. Alle Beschlüsse über Unterbrechung der Rheinisch-Südwest sind an die internationalen Schiffsverkehrskommission zu richten.

hpn. Angehörige der starken Kurortskurgen an der Bärle hat sich das Publikum vielfach zu Ungunsten in Kriegs-anleihe verhalten lassen. Auf Anfrage an zuständige Stelle er-läutern wir, daß zu irgendwelchen Beunruhigungen nicht der geringste Anlaß vorliegt. Die Reichsregierung

Bermischtes.

Eine neue Beschränkung der Zeitungen.  
Wo Radburg, 8. Dezember. Der Vorsitzende des Ver-eins Deutscher Zeitungverleger, Dr. Huber, hat gestern an den Staatssekretär des Reichswirtschaftsministeriums, Dr. Müller, und den Staatssekretär des Reichsjustizministeriums, Dr. Brüning, in Berlin folgendes Telegramm ge-richtet:

Am 3. Dezember hat bereits der unterzeichnete Vorsitzende des Vereins Deutscher Zeitungverleger und der Berliner Verbands-vertreter unseres Vereins, Herr Direktor Müller von der Zeitung „Germania“ gegen die geplante Umfangsbeschränkung der Zeitungen schärfsten Protest eingelegt und gebeten, vor Erlass der Verordnung noch einmal einen erweiterten Kreis von Sachverständigen über deren Zweckmäßigkeit und die schädigenden Wirkungen, die sie aus-üben müßten, zu hören. Dieser begründeten und dringenden Bitte ist nicht entsprochen worden. Die Verfügung ist, ohne daß die Sach-stande der Zeitungverleger zu Rate gezogen waren, erlassen worden. Sie bedroht den größten Teil der Zeitungen mit schwerer Schäd-igung. Eine besondere Schädigung liegt für einen Teil der Zeit-ungen darin, daß ganz mechanisch alle diejenigen Zeitungen, die größer als das sogenannte Berliner Format sind, gleichzeitig ein-geschränkt werden, ohne Rücksicht auf den Umfang, den diese Zeit-ungen bisher hatten. Viele Zeitungen werden in geradezu ruinöser Weise in ihrem Fortleben und in ihrem Ansehen anfangs bedroht; es wird ihnen die Möglichkeit, in die wichtigste politische Diskussion einzugreifen, in einer Weise verweigert, die auf eine schwere Be-drohung der Pressefreiheit hinauskommt. Das Wirtschaftsleben, das in vielen Zeitungen eine besonders gute Anzeigenmöglichkeit durch Anzeigen fand, wird dadurch auf das schwerste geschädigt in einem Ausmaß, in dem die allgemeine Lage eine Besserung des Wirtschaftslebens wünschenswert erscheinen läßt als je, und in dem die Höhe des Weihnachtseinkommens eine besondere Gelegenheit zur Förderung des Warenverkehrs durch das Zeitungsinserat bietet.

Am Namen von 1600 dem Verein Deutscher Zeitungverleger ange-schlossenen Zeitungen aller Vertriebsrichtungen weile ich auf die eben erwähnten schweren allgemeinen wirtschaftlichen Bedenken nachdrücklich hin. Die gegen diesen brutalen Eingriff in die Be-denkenbedingungen der Zeitungen bestehen. Die Zeitungen selber werden wirtschaftlich so schwer geschädigt, daß sie nicht in der Lage sein werden, ihre Arbeiter künftig voll zu beschäftigen. Statt mit solchen mechanischen Eingriffen die Existenz der deutschen Presse auf das schwerste zu gefährden, sollte mit allen Mitteln versucht werden, die Produktion des Zeitungspapiers zu erhöhen, da der ungeheure Bedarf der Heeresleitung an Epinalpapier in Fort-fall kommt und das notwendige Darniederliegen des Druck-sachbedarfs der von schwerer Russifizierung bedrohten Industrie erheb-liche Mengen Rohstoffe für die Wiederherstellung von Zeitungs-papier freiläßt. Am Namen des Vereins bitte ich dringend, die Verhängung der Verordnung sofort aufzuheben. Für die Dring-lichkeit dieser Forderung weile ich neben den angeführten allgemeinen Erwägungen auf das jetzt bereits anliegende Welt-nachkriegsgeheimnis hin. Dieses Geheimnis wird den Geschäftsleuten ver-derben, wenn sie jetzt plötzlich zu einer vollkommenen oder erheb-lichen Einschränkung ihrer Aufstellungen gezwungen werden. Die Zeitungen selber werden durch die Ausweitung eines ihrer besten Geschäftsfelder in geschädigt, daß sie nicht in der Lage sind, wie sie es wünschen, ihre aus dem Felde zurückkehrenden alten Mitarbeiter wieder einzustellen und länger zu beschäftigen. Zum Schluss protestiere ich dagegen, daß eine Verordnung erlassen wird, die auf eine weitere starke Kontingentierung der Zeitungen hinaus-kommt, ohne daß der Beirat der Reichswirtschaftsminister vorher gut-achtlich gebilligt wurde.

wird unbedingt an den Zusage festhalten, die den Zeitungen der Kriegsangehörigen früher und jetzt gegeben worden sind. Die Sicher-heit der Kriegsangehörigen ist unter allen Umständen verbürgt, die künftliche Finanzlage ebenso unbedingt gewährleistet. Die erste und wichtigste Aufgabe der kommenden Steuererhebung im Reich wird die Aufbringung und Sicherstellung der Mittel sein, die der Zinsendienst der Kriegsangehörigen erfordert. Die Regierung ist sich aber auch bewußt, daß dem unbedingten Kursrückgang Einhalt getan werden muß. Gegenwärtig schweben Verhandlungen darüber, mit welchen praktischen Mitteln der Rückstrom der Kriegs-anleihe eingedämmt werden kann. Diese Verhandlungen stehen kurz vor dem Abschluß. Die Besanntgabe weiträumiger Rah-men, die für die weitesten Kreise des deutschen Wirtschaftslebens von besonderer Bedeutung sind, ist bereits in den nächsten Tagen zu erwarten. Es kann also nur auf das allerdringendste davon ab-gewarten werden, Kriegsangeleihe zu einem weit unter dem Emis-sions-preise liegenden Kurs zu verkaufen. Die Befürchtung, der Kriegs-anleihe seien darauf hingewiesen, daß die Kriegsangeleihe bereits jetzt bei der Entziehung der Kriegssteuer und beim Ankauf von Heeres-gerät zum Kurswert an Zahlungsstatt angenommen werden. Diese Besorgnis der Kriegsangeleihe wird aller Voraussicht nach auf weitere Steuern, insbesondere auch auf eine Vermögensabgabe, ausgedehnt werden. Wer also jetzt zu niedrigem Kurse verkauft, schädigt sich selbst in empfindlicher Weise, indem er sich um den Vor-teil bringt, den die Anzahlschuld der Kriegsangeleihe bei der Ent-ziehung von Steuern und bei Ankäufen aus öffentlichen Beständen gewährt.

Einbruchsdiebstahl. Dieser Tage machten mehrere Arbeiter und Arbeiterinnen, welche mit dem Heinen der Pionier-kaserne (Kaiserbrücke) beschäftigt waren und ihre guten Kleider in einer abgeschlossenen Offizierswohnung abgelegt hatten, die unan-nehmliche Entdeckung, daß die Kleiderstücke sämtlich gestohlen waren. Man glaubt dem Diebe aber schon auf der Spur zu sein; hoffentlich gelingt es, seiner habhaft zu werden.

Laßt den Unfug mit der Patronenkauferei! Diesen Mahnruf muß man nochmals in letzter Stunde erheben. Trotz der wiederholten Warnung in der Tagespost treiben gedan-kenlose Menschen den Unfug weiter. Den Schaden trägt die ganze Bevölkerung, denn wenn die Befehlstruppen Schiffe hören, werden sie nicht traurig und es werden uns die härtesten Bedingun-gen auferlegt. Nicht nur die Waffen müssen abgeliefert werden, sondern auch die Munition, andernfalls mache man diese auf irgend eine Weise unschädlich. Kommt solcher Unfug noch weiter vor, so liegt es im Interesse jedes Einwohners, sofort den Täter festzu-stellen, damit nicht Unschuldige dafür büßen müssen. Zur nach-drücklichen Warnung weisen wir darauf hin, daß den Eltern solcher Kinder in anderen Städten von der Befehlstruppe bereits Strafen bis zu 500 Mark auferlegt worden sind.

Neueste Nachrichten.

Die Franzosen im Saargebiet.

Ab Köln, 10. Dezember. Aus einem verspätet erhaltenen Bericht aus Saarbrücken über die Verhandlungen der Bergarbeiter-organisation mit dem französischen Belegschaften entnehmen wir noch folgende unbekante Tatsachen: Bekanntlich entsprach der französische Belegschaften in Saarbrücken dem Ersuchen der Berg-arbeiter nach einer Abstandsentscheidung nicht. Er begründete die Ab-schaffung mit der Kohlennot, die sowohl in Frankreich wie in Deutsch-land herrsche, namentlich aber auch in der Tat, daß in Frank-reich die Bergarbeiter 10 Stunden arbeiten müßten. Auf den Ein-wurf, daß in der Tat die Abstandsentscheidung bereits eingeführt sei, erwiderte er, daß sie abgeschafft würde, sobald die Franzosen in die Pfalz eingerückt sein würden. Er könne die Abstandsentscheidung nicht einmal in Aussicht stellen; wenn jedoch die Bergleute Kohlen liefe-ren, würde auch die Versorgung mit Lebensmitteln für die Berg-leute gut werden, die unter der Lebensmittelpolitik sehr litten.

Ab Mannheim, 10. Dezember. Der Kommandant der fran-zösischen Besatzung in Ludwigshafen hat folgende Verfügung getrof-fen: Es ist bei strengster Strafe verboten, im rechtsrheinischen Ge-biet erscheinende Zeitungen in Ludwigshafen zu verkaufen, zu halten oder bei sich zu tragen.

Ab Köln, 10. Dezember. Der Oberbürgermeister Menauer richtete, wie die „Kölnische Volkszeitung“ meldet, folgendes Tei-

gramm an den Reichstagspräsidenten Hehrnbach: Im Namen der Metropole der nach untrüglichen Mitteilungen aufs schwerste ge-fährdeten Rheinlande bitte ich aufs dringendste, den Reichstag zur Befestigung der Regierung Ebert-Haase nach Limburg an der Lahn oder nach Koblenz einzuberufen. Eine zu Friedensverhand-lungen fähige Regierung sofort herzustellen, ist die dringendste nationale Notwendigkeit. Nur auf diesem Wege ist ihre sofortige Schaffung möglich.

Ab Köln, 10. Dezember. Nach der „Kölnischen Zeitung“ legte Oberbürgermeister Gieseler in Koblenz in einer Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates, daß die Absichten, Frankreich dahin zu ziehen, das ganze Rheinland in Frankreich einzunehmen, und daß die Belgier und Italiener diese Absicht unterstützen. England werde keine Schwierigkeiten machen. Nur Amerika sei dagegen. Deshalb müsse schleunigst der Reichstag ein-berufen werden, um die Reichsregierung anzuerkennen. Er habe der Reichsregierung telegraphisch die Einberufung des Reichstages nach Kassel oder Koblenz vorgeschlagen.

Die Versorgung Deutschlands durch die Alliierten.

Zürich, 11. Dezember. Von gut unterrichteter Seite, die mit englischen amtlichen Stellen sehr nahe Beziehungen unterhält, verlautet hinsichtlich der Versorgung Deutschlands mit Lebens-mitteln, daß sich die Verbündeten darüber klar sind, daß Deutschland mit Lebensmitteln versorgt werden müsse, jedoch nur in dem Maße, wie sie durch die tatsächliche Notlage berechtigt erscheine. Eine solche Notlage bestehe in den größeren Städten, jedoch nicht auf dem ländlichen Lande. Die Lieferung von Lebensmitteln müsse sich demnach unter diesen Gesichtspunkten vollziehen. Es sei weiterhin be-rechnet worden, daß im ganzen die Bevölkerung, die mit Lebens-mitteln zu versorgen sei, auf 37 Millionen anzulegen ist. Ein ent-sprechender Vorschlag lag bei den zuständigen Stellen bereits vor, jedoch sei eine Entscheidung noch nicht gefallen.

Ab Berlin, 10. Dezember. Bekanntmachung. Die in ver-schiedenen Gegenden des preussischen Staates gemachten Versuche, Teile von Preußen loszutrennen oder in Preußen eigenmächtige obrigkeitliche Befugnisse auszuüben, geben uns Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß solche Bestrebungen das Gemeinwohl gefährden. Deshalb müssen diese mit allen zu Gebote stehenden Mitteln be-kämpft werden. Dies gilt auch besonders für diejenigen gemein-sprachigen Landestellen Preußens, über deren staatliche Zugehörig-keit erst durch den Friedensvertrag die Bestimmung getroffen wird. Im übrigen wird über die künftige staatsrechtliche Gestaltung Preußens durch die Nationalversammlung entschieden werden. Sämtliche preussische Behörden werden angewiesen, sich nach diesen Vorschriften unwidriglich zu richten. Allen dem zuwiderlaufenden Eingriffen ist unmissverständlich entgegenzutreten. Auch erwarten wir in jedem einzelnen Falle sofortige telegraphische Anzeige.

Die preussische Regierung.  
gez.: Hirsch, Ströbel, Braun, Eugen Ernst, Adolf Hoffmann, Rosenfeld.

Es sind noch eine kleine Anzahl  
**Logenburger Kaffeetagen**  
(Schwartz Bier) ab haben.  
Wiedemann Landratsamt, Zimmer 51.

Bekanntmachung.

Das von der Regierung in Wiesbaden in dem Gebäude Vertram-Proß 3 seit dem 1. 12. eingerichtete Kreis-Meldeamt führt von heute ab die Bezeichnung

„Kontrollamt Wiesbaden“.

Die von den Truppenstellen jetzt noch zur Entlassung kommenden Verloren haben sich von jetzt ab also bei dem Kontrollamt, Vertram-Proß 3, anzumelden.

Verlorenangehörigen werden ebenfalls dort geregelt.  
Ueber die Auszahlung rückständiger Gehaltsrückstände folgt noch besondere Bekanntmachung.

Wiesbaden, den 5. Dezember 1918.  
Kontrollamt Wiesbaden.  
gez. Steinbock, ges. Altholz.

Kassel. Dem Königlichen Hoftheater dahier wurde der Name „Eosiphil-Schauspieler“ beigelegt.

Die Verwaltung der Königschloß. Das Charlottenburger Schloß wird als orthopädisches Lazarett für schwerbeschädigte Krieger eingerichtet, die noch auf längere Zeit einer besonderen ortho-pädisch-chirurgischen und medizinischen Behandlung (Kunstgips) bedürfen. Der Ausbau des Schloßes für den genannten Zweck ist bereits im Gange, die Eröffnung dürfte in einigen Wochen erfolgen.

Aus Rheinfelden. Der Landwirt Valentin Schmitt sen. und sein Sohn Valentin in Mainz betrauten in dieser Woche am glei-chen Tage zwei Schwestern.

Bad Wildungen. Dem hiesigen Ersatzbataillon 136 wurde die in einem schweren Koffer aufbewahrte Kasse, etwa 40000 Mark nachsicherweise gestohlen.

Berlin. „Abhanden gekommen“. Wie im Königl. Schloß die gesamte Garderobe und Wäsche spurlos verschwunden ist, so sind jetzt, nach der Meldung einer Nachrichtenstelle, aus dem Marstall Pferde mit samt Wagen und Geschirren abhanden ge-kommen. Auch Brunnengirne werden vermisst.

Rasse und Rasse zwingen uns, unseren Schuhwerk ganz be-sondere Sorgfalt zuzuwenden. Bedenklich gibt es so gut wie gar nicht mehr. Wir sind gezwungen, alles im Ausland und im besetzten Gebiet erzeugte Leder für unser Heer zu verwenden. Da ist es dann nicht schwer einzusehen, daß für die Zivilbevölkerung nicht mehr viel Leder übrig bleiben kann. Viel zu wenig bedacht wird aber, daß die Lederknappheit immer mehr zunehmen wird und auch Jahre nach Friedensschluß noch nicht behoben sein wird. Damit sollen wir unser Schuhwerk behalten, wenn es kein Leder gibt? Wir müssen uns ganz einfach mit Ersatzstoffen befreunden. Die Reichs-regierung hat das jetzt langsam vorausgesehen, und Vorstöße ge-traffen. Sie gründete eine eigene Kriegsorganisation, die unter Auf-sicht des Reichswirtschaftsministeriums dafür zu sorgen hat, daß nur brauchbare Sohlen in den Verkehr kommen. Ihr ist es im Verein mit der deutschen Technik gelungen, der Sohlennot Herr zu werden. Gerade gegen Rasse und Rasse bieten die Ersatzsohlen, besonders die Sperrholzsohlen (leichtes Holz, das besonders wasserfestes Holz mit Lederabfällen) und die halbfabrikten Sohlen (so guten Schutz wie Leder. Nur kommt es darauf an, daß die Stiefelaus-besserung auch von einem wirklich sachverständigen Schuhmacher ausgeführt wird, Holz und die anderen Ersatzstoffe sind etwas anderes als Leder, sie verlangen deswegen auch eine besondere Ver-arbeitungsweise. Sie wird in einer aus Reichsmitteln in Berlin unterhaltenen Lehrwerkstätte in besonderen Lehrkursen für Schuh-macher unentgeltlich gelehrt. Nun kann ja nicht jeder Schuhmacher nach Berlin gehen, aber viele hundert sind dort schon gewesen und haben das Erlernen auch in ihrer Heimat weiter verbreitet. An solche mit der Verarbeitungswiese der Ersatzsohlen bekannt ge-wordenen Schuhmacher muß man sich wenden, dann hat man die Sicherheit, zu wasserfesten, warmen und dauerhaften Sohlen zu kommen und braucht Rasse und Rasse nicht zu fürchten.

Präm. Gold. Medaille  
**Paul Rehm,**  
Zahn-Praxis  
Wiesbaden, Friedrichstr. 50, 1  
Zahnschmerzbesichtigung, Zahnziehen, Nervtöten  
Plombieren, Zahnregulierungen, Künstl. Zahn-  
ersatz in div. Ausführungen u. a. m.  
Sprechst.: 9-6 Uhr. Telefon 3118.  
Dentist des Wiesbadener Beamten-Vereins.

**Nassauer werbet für die Deutsche demokratische Partei!**  
**Wir fordern:**  
1. Einen freien Volksstaat und bekämpfen jede Gegenrevolution von unten und oben.  
2. Sofortige Wahlen zur Nationalversammlung nach der gleichen, geheimen und direkten Ver-hältniswahl für alle großjährigen Volksgenossen beiderlei Geschlechts.  
3. Energische Fortführung der sozialen Gesetz-gebung, Sicherung des Koalitionsrechtes aller Stände, Maßnahmen zum Neuaufbau unserer Wirtschaft, Schaffung von Bauernland durch Aufteilung von Domänen und geeigneter großer Güter.  
4. Aufrechterhaltung der Ordnung, Sicherung des Eigentums, glatte Erledigung der Verwaltungs-geschäfte in Reich, Staat und Gemeinde und vor allem  
**Frieden, Arbeit und Brot!**  
Anmeldungen zur Deutschen demokratischen Partei er-folgen bei den Ortsvereinen oder bei der Geschäftsstelle des Landesverbandes in Wiesbaden, Bachmayerstraße 10.